



Institut für Föderalismus
Institut du Fédéralisme
Institute of Federalism

Universität Freiburg
Institut für Föderalismus
Rte d'Englisberg 7
CH – 1763 Granges-Paccot

Kantonale Volksabstimmungen vom 24. November 2013 – die Ergebnisse

Votations cantonales du 24 novembre 2013 – les résultats

Angenommene Vorlagen sind grün, abgewiesene Vorlagen sind rot eingefärbt.

Les textes acceptés sont signalés en vert; les textes rejetés sont signalés en rouge.

A. Übersicht / Aperçu.....	S./p. 1
B. Im Detail / Dans le détail	S./p. 3

A. Übersicht / Aperçu

1. Änderungen von Kantonsverfassungen / Modifications des constitutions cantonales:



BE:
Volksinitiative «Keine Einbürgerung von Verbrechern und Sozialhilfeempfängern!»



JU:
Avenir institutionnel de la région jurassienne



LU:
Neuorganisation der kantonalen Aufsicht über die Gemeinden

2. Obligatorisches oder fakultatives Gesetzesreferendum / Référendum législatif, obligatoire ou facultatif:



BS:
Grossratsbeschluss vom 12. Juni 2013 betreffend Zonenänderung, Festsetzung eines Bebauungsplans im Bereich Clarastrasse, Riehenring und Drahtzugstrasse (fak.)



NE:
Votation sur le décret approuvant les options stratégiques complémentaires pour l'hôpital à l'horizon de 2017 (fac.)



NE:
Référendum 144 (fac.)



NE:
Loi du 19 février 2013 sur les heures d'ouverture des commerces (LHOCom) (fac.)



SH:
Teilrevision des Gesetzes über die Ausrichtung von Beiträgen an die Landeskirchen (Reduktion des Staatsbeitrags an die Landeskirchen) (oblig.)



SH:
Teilrevision des Schulgesetzes (Streichung der Subventionen der kieferorthopädischen Behandlungen in der Schulzahnklinik) (oblig.)

3. Gesetzesinitiative / Initiatives législatives :



AG:
Aargauische Volksinitiative «Bezahlbare Pflege für alle» vom 21. August 2012



NE:
Initiative «Pour une médecine de proximité»

4. Finanzreferendum / Référendum financier :



LU:

Schaffung eines gemeinsamen Aussenlagers von Zentral- und Hochschulbibliothek und Partnern (Jährlich CHF 2,48 Mio.)

5. Regionale Abstimmungen / votations régionales :



BE:

Institutionelle Zukunft der interjurassischen Region

B. Im Detail / Dans le détail

AG



Aargauische Volksinitiative «Bezahlbare Pflege für alle» vom 21. August 2012

NEIN (52.33%)

Mit der Initiative wird verlangt, dass auf eine Patientenbeteiligung im Bereich der ambulanten Pflege verzichtet wird.

Die neue Pflegefinanzierung des Bundes regelt die Aufteilung der Pflegekosten auf die verschiedenen Kostenträger (Anteil Krankenversicherer, Patientenbeteiligung, Übernahme der Restkosten durch die öffentliche Hand). Der Kanton entscheidet dabei über die Patientenbeteiligung. Das Bundesrecht gibt lediglich vor, dass die Patientenbeteiligung maximal 20% des höchsten Pflegebeitrags der Krankenversicherer (somit maximal Fr. 15.95 pro Tag) betragen darf. Der Grosse Rat hat mit der Teilrevision des Pflegegesetzes die Einführung einer ambulanten Patientenbeteiligung von 20% beschlossen. Lediglich für Kinder und Jugendliche bis zum vollendeten 18. Altersjahr wird auf eine ambulante Patientenbeteiligung verzichtet.

Die Initiantinnen und Initianten verlangen, dass auf eine Patientenbeteiligung im Bereich der ambulanten Pflege gänzlich verzichtet wird. § 12a des Pflegegesetzes (PflG) vom 26. Juni 2007, der die ambulante Patientenbeteiligung von 20% vorsieht, soll deshalb entsprechend geändert werden.

Grosser Rat und Regierungsrat halten an der ambulanten Patientenbeteiligung fest. Sie war das Ergebnis einer intensiven Diskussion im Rahmen der Beratungen zur Teilrevision des Pflegegesetzes. Es bestehe keine Veranlassung, an dieser politischen Beurteilung etwas zu ändern, dies auch unter

Berücksichtigung der deutlichen Annahme des teilrevidierten Pflegegesetzes in der Referendumsabstimmung vom 23. September 2012.

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation:

https://www.ag.ch/media/kanton_aargau/alle_medien/dokumente/aktuell_3/wahlen_abstimmungen/abstimmungen_1/2013_11_24/Erlaeuterungen_Regierungsrat.pdf



BE

1. Volksinitiative «Keine Einbürgerung von Verbrechern und Sozialhilfeempfängern!»

JA (55.8 %)

Am 2. Februar 2012 hat die Junge SVP des Kantons Bern die Initiative «Keine Einbürgerung von Verbrechern und Sozialhilfeempfängern!» mit 16004 gültigen Unterschriften eingereicht. In der Kantonsverfassung sollen die Bestimmungen zum Bürgerrecht (Art. 7) mit Kriterien ergänzt werden, die den Erwerb des Bürgerrechts einschränken.

Danach kann namentlich nicht eingebürgert werden, wer wegen eines Verbrechens rechtskräftig verurteilt oder wegen einer Straftat zu einer Freiheitsstrafe von mindestens zwei Jahren rechtskräftig verurteilt worden ist. Zudem kann nicht eingebürgert werden, wer Sozialhilfe bezieht oder bezogene Leistungen der Sozialhilfe nicht vollumfänglich zurückbezahlt hat. Gefordert werden zudem nachweislich gute Kenntnisse einer Amtssprache und ausreichende Kenntnisse des schweizerischen und kantonalen Staatsaufbaus und seiner Geschichte. Schliesslich soll für die Einbürgerung eine Niederlassungsbewilligung erforderlich sein und kein Anspruch auf eine Einbürgerung bestehen.

Der Regierungsrat hat dem Grossen Rat beantragt, die Initiative «Keine Einbürgerung von Verbrechern und Sozialhilfeempfängern!» für gültig zu erklären und gleichzeitig abzulehnen. Am 5. Juni 2013 hat der Grosse Rat die Initiative beraten. Die Mehrheit vertritt die Meinung, dass die Initiative unnötigerweise verschiedene rechtliche Konflikte mit der Bundesverfassung herbeiführe und nicht über die heute angewendete Praxis hinausgehe. Teils sei die Initiative sogar weniger streng als das geltende Recht. Der Grosse Rat hat die Gültigkeit der Initiative bejaht, aus den genannten Gründen aber mit 109 zu 37 Stimmen beschlossen, den Stimmberechtigten die Ablehnung der Initiative zu empfehlen.

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation:

http://www.sta.be.ch/sta/de/index/wahlen-abstimmungen/wahlen-abstimmungen/abstimmungen/naechste_abstimmung.assetref/content/dam/documents/STA/AZD/de/abstimmungen/botschaft/abstimmungsbotschaft_2013-11-24-de.pdf

2. Institutionelle Zukunft der interjurassischen Region

NEIN (71.8%)

Am 24. November 2013 entscheiden die Stimmberechtigten des Berner Juras (Amtsbezirke Courtelary, Moutier und La Neuveville) darüber, ob sie die Einleitung eines Verfahrens zur Gründung eines neuen, aus den Gebieten des Berner Juras und des Kantons Jura bestehenden Kantons wünschen oder ob sie im Kanton Bern verbleiben wollen.

Die Bevölkerung des Kantons Jura stimmt am gleichen Tag ebenfalls darüber ab, ob sie einen neuen Kanton will. Diese Abstimmung ist das Ergebnis einer Absichtserklärung, die die Regierungen der Kantone Bern und Jura am 20. Februar 2012 unterzeichnet haben.

Im Berner Jura wird den Stimmberechtigten folgende Frage zur Abstimmung vorgelegt: «Wollen Sie, dass der Regierungsrat unter Beachtung des Bundesrechts und der beiden betroffenen Kantone ein Verfahren zur Gründung eines neuen, aus dem Berner Jura und dem Kanton Jura bestehenden Kantons einleitet?»

Beantworten sowohl der Berner Jura als auch der Kanton Jura diese Frage mehrheitlich mit JA, kommt es zu einem mehrstufigen Verfahren, das in die Gründung eines neuen Kantons mündet. Wird die Frage hingegen in einer der beiden befragten Regionen mehrheitlich mit NEIN beantwortet, wird das Vorhaben zur Gründung eines neuen, aus den beiden Regionen zusammengesetzten Kantons definitiv fallengelassen.

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation:

http://www.sta.be.ch/sta/de/index/wahlen-abstimmungen/wahlen-abstimmungen/abstimmungen/naechste_abstimmung.assetref/content/dam/documents/portal/Medien/mitteilungen/de/2013/09/2013-09-12-abstimmungsbotschaft-de.pdf



BS

**Grossratsbeschluss vom 12. Juni 2013 betreffend Zonenänderung,
Festsetzung eines Bebauungsplans im Bereich Clarastrasse,
Riehenring und Drahtzugstrasse (Areal Claraturm)**

JA (52.91%)

Der grosse Rat des Kantons Basel-Stadt möchte mit der vorgeschlagenen Zonenänderung den Bau von 170 Wohnungen auf dem Areal Claraturm ermöglichen, um der städtischen Wohnungsnot entgegenzuwirken. Regierung und Grossrat sind der Meinung, der geplante Turm passe gut ins Gebiet des Messeplatzes und das verdichtete Bauen sei in Basel aufgrund der Raumknappheit unumgänglich.

Das Referendumskomitee lehnt die Zonenänderung und Festsetzung eines Bebauungsplanes ab, da es der Meinung ist, die geplanten Wohnungen seien als Luxusappartements nur für internationale Kunden und Mitarbeiter der Basler Messe oder der Pharmaindustrie erschwinglich. Ausserdem sind die Gegner der Meinung, der geplante Turm passe nicht in die vom Stararchitekten Amadeus Merian entworfene Umgebung aus Beizen und Restaurants. Der Turm würde nach Ansicht des Referendumskomitees den Charme und die Lebenskultur von Kleinbasel empfindlich treffen.

Der Regierungsrat entgegnet in seiner Stellungnahme auf die Einwände der Gegner, der Bedarf nach zusätzlichem Wohnraum gebiete ein verdichtetes Bauen und der geplante Turm stehe für eine zeitgemässe Erneuerung der Umgebung des Messeplatzes. Er empfiehlt den Stimmberechtigten deshalb ein Ja zur Zonenänderung und Festsetzung eines Bebauungsplanes.

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation:

<http://www.regierungsrat.bs.ch/w-a-2013-11-24-erlaeuterungen.pdf>



Avenir institutionnel de la région jurassienne – Scrutin du 24 novembre 2013

OUI (76.57%)

La population du Jura bernois et du canton du Jura souhaite-t-elle pouvoir se prononcer dans quelques années sur la création d'un nouveau canton? Telle est, en substance, la question à laquelle les citoyennes et les citoyens du canton sont appelés à répondre.

A ce stade, le citoyen qui glissera un «oui» dans l'urne ne donnerait pas son feu vert définitif à la création d'un nouveau canton, mais accepterait qu'un projet soit élaboré puis présenté à la population afin qu'elle se détermine en toute connaissance de cause. Le projet serait conçu au gré d'un processus démocratique marqué notamment par l'élection d'une assemblée constituante, qui pourrait être composée paritamment de représentants du Jura et du Jura bernois. Elle aurait pour mandat de rédiger la constitution d'un nouveau canton que la population aurait ensuite le libre choix d'accepter ou de refuser.

Le projet consisterait à fonder un Etat *différent* de ceux qui existent aujourd'hui. Il ne participerait ni d'une logique de rattachement ni d'une logique d'annexion. Il serait proposé aux citoyens de constituer une entité nouvelle et non pas de choisir entre deux cantons existants. A la naissance du nouvel Etat, la République et Canton du Jura disparaîtrait.

La consultation populaire organisée à cette fin prend la forme de deux scrutins simultanés: l'un dans le canton du Jura, l'autre dans le Jura bernois. D'une même portée sur le fond, les deux votations sont organisées selon des procédures différentes. Dans le canton du Jura, les citoyens sont invités à accepter l'inscription dans la Constitution d'un article 139 dont la teneur est la suivante:

«Le Gouvernement est habilité à engager un processus tendant à la création d'un nouveau canton couvrant les territoires du Jura bernois et de la République et Canton du Jura, dans le respect du droit fédéral et des cantons concernés.»

Dans le canton de Berne, le Grand Conseil a accepté une disposition légale autorisant l'organisation d'une votation populaire dans le Jura bernois au cours de laquelle les citoyennes et les citoyens décideront s'ils veulent charger les autorités d'engager la procédure nécessaire à la création d'un nouveau canton.

Si l'une des deux populations devait refuser que le processus soit engagé, les autorités renonceraient à l'idée de fonder un nouveau canton.

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation:

<http://www.jura.ch/Carousel/On-vote-le-24-novembre.html>



1. Neuorganisation der kantonalen Aufsicht über die Gemeinden

JA (62.21%)

Der Luzerner Kantonsrat hat beschlossen, die kantonale Aufsicht über die Gemeinden neu zu ordnen.

Anlass für die Reorganisation war insbesondere der Wegfall von Aufgaben der Regierungsratshalter anlässlich der Revision des schweizerischen Kindes- und Erwachsenenschutzrechtes, welche dazu geführt hat, dass ein erheblicher Teil der bisherigen Aufgaben der Regierungsratshalter weggefallen und auf die neuen Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden übergegangen ist. Die Aufgaben der Regierungsratshalter werden deshalb neu teils auf die kantonale Verwaltung verteilt, teils werden die Kompetenzen der Gemeinden erweitert. Diese Neuorganisation erfordert eine Änderung der Kantonsverfassung, weil diese heute für die kantonale Aufsicht über die Gemeinden dezentral organisierte Aufsichtsbehörden verlangt. Die grosse Mehrheit der Luzerner Gemeinden hat sich zur Neuorganisation zustimmend geäussert. Auch eine Mehrheit des Kantonsrates stimmte der Änderung der Verfassung zu. Als einzige Fraktion äusserte sich die CVP-Fraktion kritisch zur Neuorganisation. Regierung und Kantonsrat empfehlen den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern die Annahme der vorgeschlagenen Verfassungsänderung.

2. Schaffung eines gemeinsamen Aussenlagers von Zentral- und Hochschulbibliothek und Partnern

JA (54.77%)

Der Kanton plant für die Zentral- und Hochschulbibliothek (ZHB) zusammen mit grossen Bibliotheken in Zürich, Basel, Aargau und Solothurn ein Aussenlager für die Bücher und Medien, die in den Hauptgebäuden der Bibliotheken keinen Platz mehr finden.

Zu diesem Zweck soll in der Luzerner Gemeinde Büron im Suhrental ein innovatives Hochregallager gebaut werden. Das provisorische Aussenlager der ZHB in Entlebuch wird so durch ein geeigneteres, langfristig nutzbares und sicheres Lagergebäude ersetzt. Durch die interkantonale Zusammenarbeit können bei besseren Leistungen ausserdem Kosten gespart werden. Die jährlichen Betriebskosten belaufen sich für den Kanton Luzern auf 2,48 Millionen Franken und sollen auf 10 Jahre gesprochen werden. Zusätzlich sind 4 Mio. CHF für die Einlagen der zu gründenden Aktiengesellschaft vorgesehen, weshalb der Kredit in seinem Gesamtvolumen von 28.8 Millionen CHF dem obligatorischen Referendum unterliegt. Mit Ausnahme der SVP-Fraktion äusserten sich im Kantonsrat alle Parteien zustimmend. Die Luzerner Regierung empfiehlt, den Sonderkredit anzunehmen.

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation:

<http://www.lu.ch/>

[/media/Kanton/Dokumente/JSD/Wahlen_und_Abstimmungen/Volksbotschaft_2013_11_24.pdf](http://www.lu.ch/media/Kanton/Dokumente/JSD/Wahlen_und_Abstimmungen/Volksbotschaft_2013_11_24.pdf)



1. Initiative «Pour une médecine de proximité»

NON (57.96%)

L'initiative législative populaire «Pour une médecine de proximité» demande que les sites de La Chaux-de-Fonds, de Pourtalès (Neuchâtel) et du Val-de-Travers (Couvét), relevant tous trois de l'Hôpital neuchâtelois (HNE), soient à nouveau tous trois dotés de maternités, de services d'urgences et de blocs opératoires.

Concrètement, cette initiative demande la réouverture de trois services de soins aigus (chirurgie, urgences et maternité) sur le site du Val-de-Travers à Couvet, dont la mission principale est aujourd'hui celle d'un Centre de traitement et de réadaptation avec mission cantonale de gériatrie, ainsi que d'une maternité sur le site de La Chaux-de-Fonds.

Quelques habitants du Val de Travers ont lancé l'initiative en faveur d'une médecine de proximité, persuadés qu'une meilleure répartition géographique des sites de soins aigus apportait des avantages non négligeables à la population: rapidité des soins, hospitalisations moins coûteuses; diminutions des transports onéreux en ambulance. En effet, certains patients refuseraient d'être transportés en ambulance car le transport ne serait remboursé qu'à 50% par l'assurance de base.

De leur côté, les autorités cantonales considèrent que l'initiative serait contraire à l'option déjà effective et inscrite dans la loi de la centralisation des compétences dans le secteur femme-mère-enfant sur le seul site de Pourtalès à Neuchâtel.

Pour elles, il s'agirait en fait de revenir à l'organisation hospitalière qui avait cours dans le canton jusqu'en 2008, ce qui comporterait d'importants risques pour l'HNE qui se retrouverait confronté à des problèmes de recrutement de personnel médical et soignant et qui ne pourrait pas atteindre une masse critique (quantité de prestations) suffisante pour garantir la reconnaissance de ses sites et la qualité de ses prestations à ses patients dans les domaines d'activité concernés.

Il devrait en outre consentir à des investissements importants pour renouveler son plateau technique aujourd'hui obsolète et les économies de 1 million de francs par année découlant du changement de missions du site de Couvet seraient perdues.

2. Votation sur le décret approuvant les options stratégiques complémentaires pour l'hôpital à l'horizon de 2017

OUI (63.24%)

Le référendum «Sauvons HNE» s'oppose aux trois options stratégiques adoptées par le Grand Conseil neuchâtelois visant la suppression de doublons et la création de centres de compétences médicaux forts répartis entre les sites de soins aigus de Pourtalès et de la Chaux-de-Fonds d'HNE en matière de chirurgie stationnaire et ambulatoire ainsi que d'activités liées à l'appareil locomoteur (orthopédie, rhumatologie).

Trois des dix-sept options stratégiques de l'Hôpital neuchâtelois (HNE) sont contestées par ce référendum.

Il s'agit de la création d'un (1) Centre de l'appareil locomoteur intégrant de nouvelles compétences en matière de chirurgie du rachis (colonne vertébrale) et d'un (2) Centre de chirurgie ambulatoire sur le site de Neuchâtel et de celle d'un (3) Centre de chirurgie stationnaire sur le site de La Chaux-de-Fonds.

Les options contestées viseraient pourtant à supprimer certaines redondances et à créer des centres de compétences médicaux forts permettant de fournir dans le canton des prestations de qualité aux patients et de positionner l'HNE de manière favorable dans le paysage hospitalier.

Ce référendum ne remet par contre pas en cause les 14 autres options stratégiques validées par le Parlement en avril 2012,

Les référendaires considèrent que le plan stratégique voté par le Grand Conseil est irréaliste, car deux centres hospitaliers de soins aigus seraient un luxe qu'un canton de 174'000 habitants ne peut s'offrir sur le long terme. Dès lors, le comité référendaire plaide – notamment – pour un site unique de soins aigus.

3. Référendum 144

OUI (56.93%)

Le Grand Conseil a adopté une modification de la loi de santé censée donner à l'Etat les moyens légaux d'offrir à la population neuchâteloise une prise en charge performante et sûre dans le domaine des soins préhospitaliers d'urgence. La solution retenue devrait permettre d'assurer un meilleur traitement des appels sanitaires d'urgence 144 pour les services de garde (médecins, dentistes, pharmacies) et pour les cas pédiatriques, par le recours à une centrale d'appels, celle du canton de Vaud, composée de professionnels de santé expérimentés. Cette solution extra cantonale est très contestée.

Si la modification de la loi de santé était adoptée, le canton pourrait s'appuyer rapidement sur la centrale 144 gérée par la Fondation urgences santé du canton de Vaud. Elle répondrait déjà de longue date aux standards de qualité de l'IAS et serait considérée comme l'organisation la plus performante de Suisse romande. Cette solution n'exclurait toutefois pas la mise en place d'une telle centrale dans le canton, si une institution parvenait à démontrer qu'elle est capable de l'assurer de manière aussi efficiente, une option qui n'existerait pas aujourd'hui.

Les Neuchâteloises et les Neuchâtelois ont été plus de 7'200 à signer le référendum, ce qui traduit la volonté de la population de ne pas laisser un centre de compétence quitter le canton.

Des professionnels spécifiquement formés seraient déjà présents dans le canton de Neuchâtel. Il n'y aurait donc aucune raison de demander à une centrale lausannoise de répondre aux appels de secours neuchâtelois. Sans compter que cela aurait des conséquences néfastes en termes d'emploi, dans un canton déjà fortement affecté par le chômage.

4. Loi du 19 février 2013 sur les heures d'ouverture des commerces (LHOCom)

OUI (61.50%)

A l'heure où le secteur commercial neuchâtelois fait face à la concurrence des régions voisines et des achats en ligne, la nouvelle loi proposerait différentes évolutions devant notamment permettre :

- de mieux répondre aux attentes et aux besoins de la population,
- de renforcer le positionnement des commerces neuchâtelois,
- d'améliorer les conditions de travail pour le personnel de l'ensemble de la branche.

Ainsi, la loi prévoit d'autoriser les commerces qui le souhaitent à élargir leurs horaires d'ouverture. Les magasins pourraient rester ouverts jusqu'à 19:00 au lieu de 18:30, respectivement 18:00 au lieu de 17:00h le samedi.

Une autre nouveauté serait la possibilité d'ouvrir les magasins un dimanche par année.

Finalment, différentes restrictions datant prétendument d'une autre époque seraient supprimées, telles que la demi-journée de fermeture obligatoire des magasins, que Neuchâtel serait le seul canton à imposer.

Ces adaptations permettraient de combler en partie la différence existant entre les horaires commerciaux du canton de Neuchâtel et ceux de ses voisins suisses et français.

Quant à l'amélioration des conditions de travail du personnel du secteur, il s'agirait d'une avancée pionnière à l'échelle suisse car, en plus de garantir un salaire minimal, la convention collective de travail (CCT) pour le personnel de la vente, négociée par les partenaires sociaux, limiterait le nombre d'heures de travail et protégerait le personnel contre le travail sur appel.

De leur côté, vendeurs et vendeuses ont lancé le référendum.

Pour eux, les seuls gagnants seraient les grands groupes qui multiplient leurs projets – horaires prolongés, ouvertures le dimanche, achats 24 heures sur 24 dans les shops, etc. – tant au plan fédéral que dans les cantons, selon la tactique dite « du salami ».

Par ailleurs, la prolongation des heures d'ouverture des commerces ne créerait aucun emploi mais augmenterait la proportion des emplois précaires à temps partiel. Ce seraient les employés de la vente, dont les conditions de travail sont déjà parmi les pires, qui feraient les frais de la nouvelle loi.

Enfin, la nouvelle convention collective de travail (CCT) ne s'appliquerait pas aux géants du commerce de détail ni aux nombreux magasins qui comptent moins de deux postes équivalents plein temps. Les salariés concernés ne bénéficieraient donc d'aucune amélioration. En revanche, leurs horaires seraient prolongés.

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation:

http://www.ne.ch/autorites/CHAN/CHAN/elections-votations/Documents/VotInfo/VotInfo_2013_11_24.pdf

SH



1. Teilrevision des Gesetzes über die Ausrichtung von Beiträgen an die Landeskirchen (Reduktion des Staatsbeitrags an die Landeskirchen)

NEIN (53.4%)

Zur Entlastung des Staatshaushalts des Kantons Schaffhausen sollen unter anderem die Beiträge des Kantons an die Landeskirchen von derzeit jährlich 4,1 Mio. Franken um 400'000 Franken auf neu 3,7 Mio. Franken gekürzt werden.

Die neue Beitragsregelung soll ab dem Jahr 2015 in Kraft treten. Zusätzlich soll der Beitrag an die Landeskirchen nicht mehr automatisch der Teuerung angepasst werden. Der Kantonsrat hat dieser Anpassung des Gesetzes über die Ausrichtung von Beiträgen an die Landeskirchen mit 41 zu 14 Stimmen zugestimmt. Er folgte damit mit klarer Mehrheit dem Antrag der Spezialkommission des Kantonsrats und nicht dem ursprünglichen Vorschlag der Regierung, die Beiträge jährlich um 1 Mio. Franken zu kürzen.

Die Landeskirchen hatten eine Reduktion der Beitragsleistungen um 1 Mio. Franken als unverhältnismässig und kontraproduktiv bezeichnet. In einer gemeinsamen Stellungnahme an den Kantons- und Regierungsrat erklärten sie ihre Sicht der Dinge und formulierten einen Gegenvorschlag. Dieser beinhaltete die Forderung nach Beibehaltung der Teuerungsanpassung (Indexierung), die volle Erhaltung der rund 50 Prozent des Staatsbeitrags für die historischen Titel, eine maximale Kürzung des

leistungsbezogenen Staatsbeitrags um 400'000 Franken und die Verschiebung der Massnahme auf das Jahr 2015. Der Kantonsrat hat in einem Kompromissvorschlag in Bezug auf den Umfang der Kürzung und die Inkraftsetzung dem Vorschlag der Landeskirchen entsprochen, die Streichung des Teuerungsausgleiches jedoch beibehalten. Der Kantonsrat empfiehlt den Stimmbürgern, diesem Kompromiss zuzustimmen.

2. Teilrevision des Schulgesetzes (Streichung der Subventionen der kieferorthopädischen Behandlungen in der Schulzahnklinik)

NEIN (58.0%)

Der Kanton leistet derzeit Beiträge an kieferorthopädische Behandlungen in der Schulzahnklinik für Kinder und Jugendliche in der Höhe von jährlich 70'000 Franken. Diese Unterstützungsbeiträge sollen in Zukunft abgeschafft werden.

Primär geht es darum, Kindern aus weniger gut situierten Verhältnissen eine angemessene Behandlung mit einem für die Eltern angepassten finanziellen Aufwand zu ermöglichen. Die Ausrichtung von Beiträgen an die Behandlungskosten der Schulzahnklinik ist im Schulgesetz, dem entsprechenden Dekret sowie der Verordnung über den Betrieb und das Behandlungsangebot der Schulzahnklinik geregelt. Die Eltern können um einen Kantonsbeitrag ersuchen. Nach Abzug eines allfälligen Krankenkassenbeitrags übernimmt der Kanton maximal 50 Prozent der verbleibenden Kosten. Der Kantonsbeitrag richtet sich nach dem steuerpflichtigen Einkommen der Eltern. Die Kosten der Behandlungen betragen in der Regel 2'000 bis 8'000 Franken, je nach Korrektur und Problemstellung. Die Behandlungen verteilen sich jeweils im Durchschnitt über zwei Jahre und haben die Bearbeitung mehrerer Gesuche zur Folge. Zu beachten ist, dass der doch erhebliche administrative Aufwand für die Bearbeitung der jährlich zirka 300 bis 400 Gesuche kaum in einem angemessenen Verhältnis zu den im Einzelfall ausgerichteten Beiträgen steht. Die Streichung der Beiträge führt dazu, dass den Eltern von heute beitragsberechtigten Kindern, die eine kieferorthopädische Behandlung benötigen, höhere Kosten entstehen. Nicht auszuschliessen ist, dass in gewissen Fällen die Sozialhilfe einen Teil dieser Kosten übernehmen wird. Unterstützungsbeiträge an Behandlungen, die vor der allfälligen Inkraftsetzung der neuen Bestimmungen zugesichert worden sind, werden ausbezahlt.

Der Kantonsrat folgte dem Antrag der vorberatenden Kommission und stimmte der Streichung der Subventionsbeträge mit 44 zu 7 Stimmen zu.

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation:

http://www.sh.ch/fileadmin/Redaktoren/Dokumente_nicht_im_Formularpool/Abstimmungen/2013/AbstMag_Kt_2013-11-24.pdf